

Salzabbau: Xanten befürchtet Schäden

Die Verwaltung sieht ihre Bedenken gegen eine Erweiterung des Abbaus bis unter das Stadtgebiet nicht ausgeräumt. Sie will sich deshalb von der Politik ermächtigen lassen, notfalls auch juristische Schritte einzuleiten.



Salzabbau in einer Tiefe von mehreren Hundert Metern: K & S will zwei neue Abbaufelder erschließen. ARCHIV-FOTO: ARMIN FISCHER

VON MARKUS WERNING

XANTEN | Die Stadt Xanten hat weiter erhebliche Bedenken gegen eine Erweiterung des Salzabbaus am Niederrhein. Bei einer Online-Konsultation seien ihre Sorgen und Kritikpunkte nicht ausgeräumt worden, erklärt die Verwaltung in den Unterlagen für die Beratungen der Xantener Politik. „Es ist somit weiterhin davon auszugehen, dass der Steinsalzabbau erhebliche Auswirkungen auf den zentralen Siedlungsbereich der Stadt Xanten haben wird“, schreibt die Verwaltung.

Wie sie in den Unterlagen für die politischen Beratungen erklärt, ist sie erstmals im März 2022 von der Bezirksregierung Arnsberg darüber informiert

worden, dass das Unternehmen K & S Minerals and Agriculture zwei neue Abbaufelder für das Steinsalzbergwerk Borth beantragt hat. Eines der beiden, das neue Westfeld, würde dazu führen, dass der Salzabbau künftig unterhalb wesentlicher Teile des südwestlichen Stadtgebiets betrieben würde, erklärt die Verwaltung.

Dagegen hat sie schon in einer ersten Stellungnahme erhebliche Bedenken geäußert. In einer zweiten Stellungnahme bekräftigt sie ihre Befürchtungen wegen zu erwartenden Bodensenkungen. Die möglichen Auswirkungen auf Umwelt, Infrastruktur, Deiche, Grundwasser und Starkregenereignisse seien „nicht hinreichend“ dargestellt, schreibt die Verwaltung. Es sei davon auszugehen, dass der zukünftige Salzbergbau „eine ganz erhebliche Gefahrenschwelle“ hinsichtlich der sozialen und technischen Infrastruktur in Xanten überschreite. Aus den vorliegenden Unterlagen sei nicht zu ersehen, „dass kein Schaden in solchem Umfang droht, der sich nicht auf das Allgemeinwohl auswirkt“.

Die Verwaltung kritisiert auch das Vorgehen der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiger Bergbehörde in NRW. Nachdem die Stadt und andere Betroffene einer möglichen Erweiterung des Salzabbaus ihre Stellungnahmen zu den Plänen von K & S abgegeben haben, habe es anstelle eines Erörterungstermins nur eine Online-Konsultation gegeben, erklärt die Verwaltung. Dafür sei ein Zeitraum gewählt worden, der sich über die Weihnachtstage, die Schulferien und den Jahreswechsel erstreckt habe. Politische Beratungen seien deshalb nicht möglich gewesen. Eine Fristverlängerung habe die Bezirksregierung Arnsberg der Stadt Xanten aber nicht gewähren wollen. Die Verwaltung habe deshalb bereits eine Stellungnahme einreichen müssen, ohne dass die politischen Gremien darüber beraten hätten.

Das müssen sie jetzt nachholen: Der Planungsausschuss in Xanten befasst sich am Dienstag, 5. März, 17 Uhr, mit der geplanten Erweiterung des Salzabbaus am Niederrhein und den möglichen Folgen für Xanten. Die Stadt stimmt dann am 14. März, 17 Uhr, nachträglich über die Stellungnahme ab. Die Verwaltung hat die Unterlagen dafür im Ratsinformationssystem veröffentlicht. Somit sind sie für jeden Bürger und jede Bürgerin einsehbar.

Aus der Vorlage für die politischen Beratungen geht hervor, dass sich die Verwaltung vom Stadtrat vorsorglich schon jetzt dazu ermächtigen lassen möchte,

Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Arnsberg zu erheben, wenn die Bedenken der Stadt Xanten gegen eine Erweiterung des Salzabbaus nicht ausreichend berücksichtigt werden sollten. In der Stellungnahme an die Bezirksregierung Arnsberg erklärte Bürgermeister Thomas Görtz dazu, dass „aktuell nicht beabsichtigt“ sei, Klage zu erheben. Aber die Stadt behalte sich ausdrücklich vor, die Entscheidung der Bezirksregierung Arnsberg gerichtlich überprüfen zu lassen.

In der Stellungnahme fordert die Stadt Xanten außerdem, dass mögliche Schäden durch entsprechende Sicherheitsleistungen abzusichern seien, da sie voraussichtlich erst in mehr als 50 Jahren eintreten würden und nicht zu erwarten sei, dass das Bergbauunternehmen dann noch existiere. Diese Sicherheitsleistungen müssten so bemessen werden, dass sie nicht nur sämtliche mögliche Schäden am kommunalen Gebäudebesitz, sondern auch sämtliche Schäden an Infrastruktureinrichtungen abdecken, verlangt die Stadt.

INFO

Rohstoffversorgung und Arbeitsplätze

Abwägung In ihrer Stellungnahme geht die Stadt Xanten darauf ein, dass für eine sichere Rohstoffversorgung auch heimische Lagerstätten abgebaut werden müssten und der Salzabbau zur lokalen Wertschöpfung beiträgt und Arbeitsplätze sichert. Aber sie könne der Auffassung des Unternehmens nicht folgen, dass mit der Erweiterung des Salzabbaus „keine nachhaltigen Risiken für die Umwelt und die Stadt Xanten“ verbunden seien und Beeinträchtigungen nicht zu befürchten seien.